



## Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 15.10.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1

Mobile Jugendarbeit

Vorl.Nr. 227/25

---

#### Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung Ludwigsburg wird beauftragt auf Grundlage der aktuellen Konzeption (Anlage 1) die Mobile Jugendarbeit in eigener Trägerschaft zu entwickeln. Die Mobile Jugendarbeit startet frühestens zum 01.01.2026 mit einem, auf drei Jahre befristeten Stellenumfang von 200% VZÄ.
2. Die Eingruppierung erfolgt in SuE12 TVöD. Die dreijährige Frist startet ab dem Zeitpunkt, an dem die Stellen entsprechend des Beschlusses vollumfänglich besetzt werden konnten.
3. Für die Mobile Jugendarbeit wird ein Sachkostenbudget von 10.000 € pro Jahr benötigt. Diese Mittel werden aus dem vorhandenen Budget des Fachbereichs Bildung und Familie umgeschichtet

#### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Traub

#### Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf und führt in das Thema ein.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Sie weist darauf hin, dass zwischenzeitlich die Stellungnahmen des Jugendgemeinderats und des Integrationsrats eingegangen

seien. Der Personalaufbau stehe im Widerspruch zu den aktuellen Einsparungen, gleichwohl sehe sie hierin einen wichtigen Bestandteil der Arbeit mit Jugendlichen.

Stadträtin **Shoaleh** spricht von Beziehungsarbeit mit Jugendlichen, die keine Lobby haben, aber volle Aufmerksamkeit verdienen. Die Aufgabe sei wichtig, begleite, stärke und biete Perspektiven. Der Landkreis habe seine Entscheidung getroffen und die Stadt werde die Verantwortung freiwillig übernehmen. Sie geht auf die Personalkosten ein und fragt nach der Eingruppierung. Ihre Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Meyer** bedauert die Entscheidung des Kreises. Er wünscht eine Arbeit vor Ort und meint, dass die bisherige Mobile Jugendarbeit nicht aufsuchend genug gewesen sei. Das Alter der Zielgruppe liege schwerpunktmäßig zwischen 14 bis 20 Jahren. Die Integration, auch in andere städtische Strukturen, solle das Ziel sein und nicht eine Dauerbetreuung. Er erwarte eine gute Kommunikation mit der Schulsozialarbeit, wie auch mit örtlichen und präventiv agierenden Institutionen. Die Kommunen übernehmen immer mehr Aufgaben der Gesellschaft und er wünscht mehr Elternengagement. Jede Generation habe bisher eine Krisensituation durchlebt. Er äußert sich kritisch zu den durchgeführten Demonstrationen und negativen Signalen gegenüber der Stadt und weist auf die Grenzen des Demonstrationsrechts hin. Seine Fraktion, wie auch die Polizei, befürwortet das Konzept ausdrücklich. Er wird der Vorlage zustimmen.

Man müsse die Jugendlichen an den Orten aufsuchen, wo sie sich befinden, auch außerhalb der Strukturen, betont Stadträtin **Akin**. Der Bedarf sei, auch nach Rückzug des Kreises, vorhanden und die Arbeit sehr wichtig. Die Stadt übernehme eine soziale Verantwortung. Die Mobile Jugendarbeit schaffe Vertrauen und biete Unterstützung ohne Druck sowie Orientierung und Hilfe. Man investiere in Prävention. Ihre Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Die Proteste hätte es gegen die Entscheidung des Landkreises geben müssen und nicht gegen die Stadt, sagt Stadtrat **Gekeler**. Seine Fraktion unterstützt das Konzept. Die Streichung der Mobilen Jugendarbeit bringe weitaus höhere Folgekosten, befürchtet er. Nach drei Jahren solle eine Evaluation erfolgen.

Stadträtin **Dötterer** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit, wenngleich sie die Zahlen alarmierend finde. Die Investition sei wichtig, notwendig und sinnvoll. Die jungen Menschen müssen erreicht werden. Sie fragt nach der Vernetzung und Zusammenarbeit mit Schulen, Sozialdiensten und Polizei.

Die Eltern befinden sich teilweise in einer großen Überforderungssituation, das müsse akzeptiert werden, merkt Stadträtin **Allerborn** an. Die Armutsgefährdung sei höher als vor Jahren, die Auswirkungen von Corona während der Entwicklungsphase noch immer zu spüren. Die Gesellschaft sei komplex. Man brauche die Mobile Jugendarbeit mehr denn je als präventives Angebot und zur Nachsorge. Der Neustart solle eine Chance bieten. Sie wird der Vorlage zustimmen.

Die Mobile Jugendarbeit sei wichtig, sagt Stadtrat **Taskin** und regt an, Ehrenamtliche und Vereine einzubeziehen, um eine größere Reichweite zu erhalten.

Die Stadt versuche einen reibungslosen und strukturierten Übergang zu schaffen, sagt EBMin **Schmetz**. Nach der heutigen Beschlussfassung wolle man Gespräche mit dem Jugendamt terminieren. Man wolle eine „Brücke“ von der Karlstraße zur

Pflugfelder Straße bauen. Zudem solle es auch direkte Gespräche mit den Jugendlichen und den Sozialarbeitern geben, die in der bisherigen MJA aktiv seien. Im Fokus der Mobilen Jugendarbeit müssen weiterhin die Jugendlichen stehen, gleichwohl sei eine Kooperation auf struktureller Ebene mit der Polizei und Verzahnung mit den Hilfesystemen sehr wichtig. In den Personalkosten seien der Arbeitgeberanteil und die Lohnnebenkosten eingerechnet. Man werde zeitnah die Personalstelle ausschreiben. Die Anregungen, wie Ehrenamtsnetzwerk, werden mitgenommen.

Zu vielen Jugendlichen gebe es bereits Kontakte und Berührungspunkte, ergänzt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Die Netzwerkarbeit sei ein wichtiger Bestandteil.

Nach dieser Aussprache lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

TOP 2

Ergänzung der Gebührensatzung der  
Kunstschule Labyrinth - Elternbeiträge  
Ludwigsburger KulturImpulse  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 247/25

---

### **Beschlussempfehlung:**

Der Änderung der Gebührensatzung der Interkommunalen Kunstschule Labyrinth zum 01.09.2025 wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Traub

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### **Beratungsverlauf:**

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** dankt ausdrücklich für die wertvolle Arbeit. Aufgrund der finanziellen Zwänge werde sie der Erhöhung zustimmen, wenngleich diese erheblich und spürbar sei. Die grundsätzliche Forderung an das Land bleibe bestehen. Kulturelle Bildung sei ein wesentlicher Bestandteil der Bildung, müsse dauerhaft abgesichert und dürfe nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängig sein.

Stadträtin **Bilger** schließt sich der Vorrednerin an. Das Programm werde von den Kindern gerne angenommen und stelle für die Einrichtungen einen Mehrwert dar. Sie regt eine aktive Bewerbung der Ludwigsburg Card in Schulen und Kindertagesstätten an und wünscht im 1. Halbjahr 2026 Informationen zur Entwicklung. Sie stimmt zu, auch wenn Sie hinsichtlich der Erhöhung Bedenken äußert.

Stadträtin **Moersch** dankt ebenso für die hervorragende Arbeit, die ursprünglich kostenfrei gewesen sei. Kunst und Kultur löse viele positive Entfaltungen bei den Kindern hervor und müsse unterstützt werden. Die Erhöhung sei hoch, aber vertretbar. Sie werde der Vorlage zustimmen. Wichtig sei, dass sozial benachteiligte Kinder aus einkommensschwachen Familien eine finanzielle Unterstützung erhalten.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** befürchtet durch die merkliche Erhöhung eine Verhinderung der Teilnahme. Eine moderatere Erhöhung wäre wünschenswert gewesen und besser vermittelbar. Trotz Dynamisierung habe die Jugendmusikschule die Erhöhung bereits eingepreist. Die Einrichtungen seien deshalb nicht zu vergleichen, da die Kunstschule keine Dynamisierung erhalte. Er fragt, ob für die Berechnung 10 oder 12 Monate zugrunde liege. Die Mehreinnahmen in Höhe von 5.000 Euro seien zu vernachlässigen.

Die Erhöhung der Elternbeiträge werde nicht leichtfertig gesehen, wenngleich die Anpassung nachvollziehbar sei, sagt Stadträtin **Dötterer** und signalisiert ihre Zustimmung.

Stadträtin **Allerborn** lobt das niederschwellige Konzept und fragt nach der Statistik zur Sozialstruktur der Kinder. Die geringen Mehreinnahmen hätte man anderweitig einsparen können.

EBMin **Schmetz** geht auf die Niederschwelligkeit ein. Durch dieses Angebot können Kinder in den Einrichtungen gut erreicht werden. Eine Antragstellung über das Bildungs- und Teilhabepaket sei sehr komplex. Teilweise werden die Beiträge für Kinder mit bildungsfernen Eltern über die Fördervereine oder die Kindertagesstätte übernommen. Das Impulsprogramm werde über die Jugendmusikschule und die Kunstschule angeboten und die Beiträge sollten gleich hoch sein. Die Jugendmusikschule müsse ihre Mehrkosten durch Tarifsteigerungen und zusätzliche Einstellungen auffangen. Viele Honorarkräfte seien während Corona weggebrochen.

Der Beitrag setze sich aus 10 Tranchen pro Jahr von Oktober bis Juli zusammen, antwortet die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur. Im Sommer finden keine Kurse statt. Die Aufnahmemodalitäten verursachen einen hohen Verwaltungsaufwand. Eine Erhöhung des städtischen Zuschusses lasse die Haushaltssituation nicht zu und hätte auch für die Jugendmusikschule nachgezogen werden müssen. Das Programm sei auch zum Start nicht kostenfrei gewesen, merkt sie an. Damals seien die Elternbeiträge bei 7,50 Euro gelegen.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Durchführung des deutsch-französischen Projektes „Trophäen der Freundschaft“ im Rahmen des 75-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft Ludwigsburg-Montbéliard wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Sie äußert sich zu den historischen Trophäen und dem möglichen weiteren Verbleib. Die Sanierungskosten einer Trophäe liegen bei etwa 70.000 bis 90.000 Euro. Es gebe hierzu unterschiedliche Möglichkeiten, unter anderem virtuelle Ideen. Vor einer intensiveren Prüfung wünscht sie ein Signal aus dem Gremium.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** lobt die innovative Idee und die gute Bespielung des Arsenalplatzes. In Form einer Vernissage könne man das Jubiläumsjahr würdevoll abschließen. Dem französischen Gastspiel könnten auch Kunstwerke von Künstlern anderer Partnerstädte folgen, regt er an. Er dankt der Stiftung und wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Meyer** geht davon aus, dass die Skulptur für Diskussionen sorgen werde, wenngleich er die Idee spannend und interessant finde. Er wird der Vorlage zustimmen und dankt der Stiftung. Es sollten Plätze für Kunst im öffentlichen Raum bereitgestellt werden. Die Stadt und der Landkreis haben zahlreiche Künstler, die ebenso herangezogen werden können. Er geht auf die Trophäen und das historische Erbe ein. Diese historische Substanz solle erhalten und wertgeschätzt sowie teilweise restauriert werden.

Stadträtin **Moersch** spricht von einem großartigen Projekt in Kooperation mit der Partnerstadt. Sie wünscht mehr Kunstprojekte im öffentlichen Raum, dies steigere die Attraktivität der Stadt, wenngleich sie sich Sorgen um Vandalismus mache. Sie dankt für die Stiftungsgelder und geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

Stadtrat **Gekeler** geht ebenso mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Er regt an, lokale Player einzubinden.

Stadträtin **Dötterer** freut sich über den kulturellen Austausch mit der Partnerstadt und geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit, wenngleich lokale Kunstschaaffende ebenso einbezogen werden sollen. Das Thema „Drei Hände“ habe nicht allen Fraktionsmitgliedern gefallen.

Stadträtin **Allerborn** freut sich über das zeitgenössische Projekt und hofft auf Fortführung. Sie dankt für die Stiftungsgelder. Die Trophäen müssen ihrer Meinung nach nicht zurück auf den Arsenalplatz, auch wegen der hohen Kosten für die Restaurierung. Hierzu solle vor einer weiteren Prüfung vorab die Mehrheitsfähigkeit des Gremiums abgefragt werden.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** regt an, auch die Stadtgesellschaft mit Schulen, Bürgern und Unis einzubinden und das alte Stadtbild aufleben zu lassen. Er äußert Kritik an der aktuellen Gestaltung der Sternkreuzung. Die Ausstellung sei nicht sichtbar genug und falsch platziert.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur dankt für die positiven Rückmeldungen. Vandalismus könne nicht verhindert werden, wenngleich man in Ludwigsburg bisher gute Erfahrungen gemacht habe. Der Denkmalschutz sei involviert. Nach der Beschlussfassung werde man sich mit der Künstlerin zum weiteren Vorgehen absprechen.

EBMin **Schmetz** lässt nach dieser Aussprache über die Vorlage abstimmen. Sie dankt der Kunststiftung.

---

**Beschluss:****Im Bildungs- und Sozialausschuss zu beschließen:**

1. Dem Ausbau des Ganztags an der Grundschule Hoheneck wird zugestimmt. Die Grundlage bilden das beschlossene Raumprogramm für die Grundschul-Erweiterungsbauten gemäß Vorlage 006/24 sowie die Vorplanung am Standort Schubartschule.

**Im Bauausschuss zu beschließen:**

2. Die Verwaltung wird beauftragt für den Erweiterungsbau an der Grundschule Hoheneck eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.
3. Der Vergabe der Planungsleistungen:
  - für Gebäude und raumbildende Ausbauten (LPH 1 bis 9) an das Büro D'Inka Scheible Hoffmann Lewald Architekten BDA, Stuttgart wird zugestimmt.
  - für die Tragwerksplanung (LPH 1 bis 9) an die Bietergemeinschaft Hildenbrand Ingenieure GmbH & Co. KG mit HELBER+RUFF Beratende Ingenieure PartG mbB), Ludwigsburg wird zugestimmt.
  - für die Technische Ausrüstung Heizung, Lüftung, Sanitär (LPH 1 bis 9) an das Ingenieurbüro für Systemplanung (IWP), Stuttgart wird zugestimmt.
  - für die Technische Ausrüstung Elektrotechnik (LPH 1 bis 9) an Ingenieurbüro Kaya GmbH (IBK), Ludwigsburg wird zugestimmt.
  - für die Freianlagenplanung (LPH 1 bis 9) an das Büro Jedamzik + Partner Landschaftsarchitekten, Stuttgart wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Traub

## Beratungsverlauf:

Der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Der Zeitplan sei ambitioniert. Man hoffe auf Synergieeffekte.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Die Beratung mit Beschlussfassung zu Ziffer 2 und 3 habe bereits am 09.10.2025 im Bauausschuss stattgefunden, vorbehaltlich der heutigen Beschlussfassung.

Die Nachricht sei erfreulich, sagt Stadtrat **Medinger**. Er geht auf die gesetzliche Regelung zum Ganztag ein. Er regt an, die Oststadtschule und die Pflugfelder Schule ebenso zu berücksichtigen und fragt, ob bei drei Modulbauten bessere Synergie- und Preiseffekte erzielt werden könnten.

Stadträtin **Bilger** bittet ausdrücklich darum, das Raumprogramm nicht über dem Standard zu bauen, sondern gut und zweckmäßig. Sie fragt nach der Perspektive und den weiteren Planungen für die Oststadtschule und Pflugfelden.

In Hoheneck finde ein täglicher Balanceakt statt, die Dringlichkeit sei hoch, merkt Stadträtin **Moersch** an. Wünschenswert wäre eine Umsetzung an allen Schulen, dies sei jedoch bei der momentanen Haushaltslage nicht möglich. Die lange Bauzeit bringe Lärm und Einschränkungen mit sich. Sie wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** stimmt ebenso zu, erinnert jedoch an die Prioritätenliste. Die modulare Bauweise werde befürwortet. Er geht auf die lange Bauzeit ein und wünscht eine schnellere Umsetzung. Zudem fragt er nach dem städtischen Kostenanteil.

Stadträtin **Dötterer** spricht von einer Investition in die Zukunft der Kinder und signalisiert ihre Zustimmung.

Stadtrat **Meyer** merkt an, dass die Bauthemen im Bauausschuss beraten werden. Er weist darauf hin, dass bereits 12 Schulen ausgebaut seien.

Der städtische Anteil belaufe sich auf rund 7,1 Millionen, sagt EBMin **Schmetz**. Der Ausbau und die Erschließung kosten Zeit, eine schnellere Umsetzung sei kaum möglich.

Der Bedarf bei den weiteren Schulen sei gegeben, es fehle jedoch an finanziellen Mitteln und die Haushaltssituation lasse keine Möglichkeit zu, ergänzt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Das Raumprogramm sei nicht üppig und man könne Synergieeffekte generieren. Die Fuchshofschule sei derzeit nicht ausgelastet, da das Wohngebiet noch nicht ausgebaut sei.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über Ziffer 1 des Beschlussvorschlages abstimmen. Die neuen Schulentwicklungen und die statistischen Auswertungen erfolgen im Frühjahr 2026.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.